

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

298 (21.12.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555735](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555735)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Ausschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren. — **Mit** — Inserate die kostengünstigste Zeitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg. für sonstige auswendige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Postamtzelle 50 Pfg. — **Sonntagsbeilage.**

25. Jahrgang. Rüstingen, Donnerstag den 21. Dezember 1911. Nr. 298.

Kampfsignale!

Mitten in das Getöse des Wahlkampfes hallen schrille wohlbekannte Mahnrufe, erzeugt vom Gegensatz zwischen Mensch und Kapital, zwischen Arbeit und Ausbeutung. Wie Weichenschnalzen läuft es in die Schlachtreihen des Klassenbewußten Proletariats vom Scharfmacherstaate Sachsen her:

Zuchttausgesetz! Ausnahmerecht!

Es ist, als wollte man die kämpfende Sozialdemokratie anfeuern zur höchsten Kraftanstrengung, als wolle man den Volkssturm gegen Mißwirtschaft und Räuberpolitik zum alles wegsagenden Orkan entfachen!

Sie hat weniger Mangel an Agitationsmaterial geherrscht, als gerade jetzt. Teuerung, Steuerraub und Sozialrückschritt, Junkerfrechheit und Paffenhochnarrischehe und Rüstungswahn. Das und unzählige andere Dinge geben schon jetzt dem Wahlkampf der breiten Massen Sockelkraft und Feuer. Und nun langt die Tollheit der Profitjäger nach dem Arbeiterrechte, das erst die Arbeiterexistenz möglich macht. Nun holen die Geldgeber der bürgerlichen Parteien, die Schlot- und Krautbarone, aus zum, inwiderstehlichen Streich gegen das Koalitionsrecht! Nun will man den Wählermassen der Lohnempfänger zeigen, daß sie im Staat der Junker und Schleifsteinbrecher rechtlos und vogelfrei sind, daß sie geknebelt werden sollen unter allen Umständen!

Kampfsignale von allen Seiten! Massen heraus! Es geht aufs Ganze!

Nun verstehen wir erst recht, was der Oberjuncker Genbebrand mit seinem: „Es geht aufs Ganze!“ meinte. Nun sehen wir daraus, daß die Mut der Blauen und Schwarzen sich nicht nur gegen das Recht der Organisation, sondern auch das andere Grundrecht der Staatsbürger,

das Wahlrecht

lehrt! Wer das eine tauht, kann vor dem zweiten nicht Halt machen. Nieder mit dem Umsturz! brüllen die Schuldbeladenen des letzten Reichstages. Aber nur sie wollen den Umsturz in abschreckendster Gestalt. Sie wollen die Verfassung stürzen!

Das wird ein Wahlkampf, wie noch keiner war! Jetzt heißt es die Kräfte gespannt und die Ädypse klar. Jetzt heißt es mit Leib und Seele bei der Sache sein und arbeiten wie nie zuvor!

Der zwölfte Januar muß sich zum hallenden Protest gegen das in allen bürgerlichen Parteien, im gesamten Organismus der Regierung verkörperte System der Volksunterdrückung gestalten. **Der zwölfte Januar muß der Tag der freisheitsbegeisterten Sozialdemokratie werden!**

Vorwärts, Genossen und Mitkämpfer, und durch zum Ziele!

Die Dardanellenfrage.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Dardanellenfrage, die der europäischen Diplomatie schon länger als ein Jahrhundert zu schaffen gibt, ist in den letzten Wochen wieder aufgeworfen worden. Zuerst gewann das Gerücht Verbreitung, daß die Italiener, der Verlagerung der tripolitischen Sandwüsten satt, die Türkei dadurch zur Ergebung zwingen wollen, daß sie die Dardanellen blockieren und mit ihren Kriegsschiffen bis nach Konstantinopel vordringen. Das Gerücht ist von der italienischen Regierung dementiert worden, und es scheint in der Tat, daß die „wohlwollende Neutralität“, mit der die europäischen Großmächte dem italienischen Viganterzug zuschauen, an die Bedingung geknüpft war, daß der Krieg nicht nach dem europäischen Festland übertragen wird. Jetzt droht aber von anderer Seite wieder die Aufrollung der Dardanellenfrage. Trotz aller offiziellen Dementis wird die Nachricht wiederholt und geglaubt, daß Rußland von der türkischen Regierung die Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe verlangt. Rußland hat dieselbe Frage in der jüngsten Vergangenheit bereits zweimal aufgeworfen: während der Balkankriege im Jahre 1908 und anlässlich der Jarenbesuche in Cherbourg und in Cowes im Jahre 1909, aber beide Male ohne greifbaren Erfolg. Sehr unwahrscheinlich ist es jedenfalls nicht, daß Rußland die schwere Lage der Türkei einerseits und die Juspitzung des englisch-deutschen Gegensatzes, der zu immer intensiverem Waustrischen der beiden Mächte vor dem Jaren führt, andererseits dazu benutzen will, um einen neuen Vorstoß zur Erreichung dieses alten Zieles zu unternehmen.

Der Sinn der Dardanellenfrage löst sich kurz dahin zusammenfassen, ob der Weg vom Mitteländischen Meere nach Konstantinopel und der Südweg vom Schwarzen Meere nach Konstantinopel und dem Mitteländischen Meere für nichttürkische Kriegsschiffe geöffnet sein soll oder nicht. Praktisch war bisher bloß der zweite Teil dieser Frage von Bedeutung und lief darauf hinaus, ob Rußland das Recht haben sollte, mit seinen Kriegsschiffen vom Schwarzen Meere durch den Bosporus nach Konstantinopel und von dort durch die Dardanellen nach dem Mitteländischen Meere vorzudringen. Die Einperrung der russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere war stets ein Kardinalpunkt der englischen Weltpolitik. Ihr Hauptzweck bestand, soweit Rußland in Betracht kommt, in der Verperrung der Landwege nach Indien. Der eine Landweg geht über Mittelasien und das Guphratal. Der erste Landweg war dadurch versperrt, daß man Persien zum Kupferstaate machte, der

zweite durch die Schließung der Bosporusmeeresenge. Seit der Eröffnung des neuen Seeweges nach Indien durch den Suezkanal ist die strategische Bedeutung von Konstantinopel zwar zurückgegangen, soweit der Landweg in Betracht kommt, auf der anderen Seite hat aber der neue Seeweg die englischen Sorgen auch vermehrt. Dazu kommt noch, daß seit dem Beginn des Raues der Bagdadbahn der Landweg nach Indien erneute Bedeutung gewonnen hat.

Die erste diplomatische Abmachung darüber war der englisch-türkische Vertrag von 1809, worin die Mächte sich verpflichteten, die beiden Meerengen für alle fremden Kriegsschiffe zu sperren und England ver sprach, die Türkei in diesem Beischlusse zu unterstützen. Der Vertrag richtete sich schon damals gegen Rußland, das eben gegen den Sultan im Kriege stand. Aber 24 Jahre später schloß Rußland mit der Pforte den geheimen Vertrag von Junkar-Staleffi an, worin der Sultan als Gegenleistung für den russischen Beistand gegen den ägyptischen Aufstand des Mehemet Ali darin einwilligte, die Dardanellen den russischen Kriegsschiffen zu öffnen, für alle anderen Mächte aber geschlossen zu halten. Auf das beharrliche Betreiben Englands wurde dieser Geheimvertrag auf der internationalen Konferenz in London 1841 wieder hinfällig gemacht, die Dardanellen waren wieder für alle nichttürkischen Kriegsschiffe geschlossen. Der Pariser Vertrag von 1856, der den strikten Krieg abschloß, ging noch einen Schritt weiter in der Demütigung Rußlands. Nicht nur wurden die Bestimmungen über die Öffnung erklärt und Rußland durfte an seinen eigenen Küsten keine Kriegsschiffe halten oder Arsenalen bauen.

Rußland ertrug diese Demütigung nicht sehr lange. Am Scheitpunkt des deutsch-französischen Krieges, nach dem Fall von Metz, benutzte Fürst Gortschakoff die Gelegenheit, um von Bismarck den Lohn für die Neutralität Rußlands einzufordern. Er sandte eine Note an die Signatarmächte des Pariser Vertrages, worin er erklärte, daß Rußland die Bestimmung über die Neutralität des Schwarzen Meeres nicht mehr anerkenne. Lord Granville erbot im Namen der englischen Regierung, sofort Protest gegen diese einseitige und eigenmächtige Widderrufung eines internationalen Vertrages, aber die im Januar 1871 in London abgehaltene Konferenz der Großmächte (mit Ausnahme Frankreichs, dessen Hauptstadt belagert war) konnte nichts anderes tun, als die Neutralität des Schwarzen Meeres fallen zu lassen. Die Bestimmungen des Pariser Vertrages über die Sperrung der Dardanellen und des Bosporus wurden jedoch erneuert. Diese Bestimmungen sind im wesentlichen heute noch in Geltung.

Der jetzt gemeldete neueste Vorstoß Rußlands hat in

England beträchtliche Beunruhigung hervorgerufen. Rußland scheint entschlossen zu sein, sich die Entente mit England sehr gut bezahlen zu lassen und stellt, gestützt auf den englisch-deutschen Gegensatz immer dreifache Anforderungen. Man darf gespannt sein, wie sich Sir Edward Grey zu dieser neuesten Frucht seiner eigenen Politik stellen wird. Bisher hat England von der Entente mit Rußland noch keinen einzigen sichtbaren Erfolg aufzuweisen. Die Ereignisse in Persien haben schon manche guten englischen Patrioten fähig gemacht, und wenn es Grey nicht gelingt, seine russischen Vollenfreunde zur Wähigung zu bewegen, dann wird er sich auf ernstere Schwierigkeiten gefaßt machen müssen. Man hat hier auch Deutschland in Betracht, daß es die russischen Forderungen ermutigt, nicht nur weil dadurch ein Keil in die russisch-englische Freundschaft getrieben werden könnte, sondern auch deshalb, weil man weiß, daß die Öffnung der Dardanellen nicht lange auf Rußland allein beschränkt bleiben könnte, sondern auch auf andere Mächte, also auch auf Deutschland ausgedehnt werden müßte. Umstände, die die aus der Weite drohende vorberolatische Gefahr in unmittelbare Nähe rücken würde. Aus diesen Gründen würde die Hervordrängung der Dardanellenfrage im Verein mit dem barbarischen Jerschrungsstern in Persien die ruhmlose englisch-russische Freundschaft einer Krise zuführen. So lange Sir Edward Greys Politik nur von passifistischen Liberalen und Radikalen angegriffen wurde, konnte er leicht die Ähnel über diese „unberühmte Einnischung“ zucken. Wenn aber dieselbe Politik auch konservative Imperialisten aus imperialistischen Erwägungen heraus anlässlich macht, dann wird er sich besser vorsehen müssen.

Politische Rundschau.

Rüstingen, 20. Dezember.

Von der Reichsverband bekämpft.

Die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, die der auf Arbeiterindividualität gezielten Presse regelmäßig angeht, ercheint seit der Reichstagsauflösung als besondere „Wahlkorrespondenz“. Sie fordert in ihrer ersten Nummer alle Organisationen und Freunde des Reichsverbandes auf, die Schanzen zur Verteidigung des Staates, der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung gegen den inneren Feind, gegen die dunklen Mächte des Umsturzes“. Nun ist dem Reichsverbande sehr wohl bekannt, daß mit dem Geheire über den inneren Feind kaum ein Hund hinter dem Oren hervorzuholen ist, jeder halbwegs einsichtige Gegner der Sozialdemokratie besennt, daß das deutsche Reich treu keiner ungeschützten Meeresschlachten

sich lieber heute als morgen begraben lassen könnte, wenn etwa der dritte Teil aller aktiven deutschen Reichstagsmitglieder vorwiegend sozialdemokratisch stimmt, für eine Partei votierte, die mit den Reichsverbandsförmigen abgetan wäre. Andererseits ist aber die freikonservative Schorfmaschinerie, deren Interessen der Reichsverband im Wahlkampf zu verfechten hat, viel zu armelig an geistigem Gehalt, als daß sie auch gegen noch so schweres Geld belangreiche Streiter für ihre allgemein verhasste Sache stellen könnte.

In dieser vergangenen Tage hat der Reichsverband, was ihm nach Lage der Dinge am üblichsten steht, Er fällt vorab auf diejenigen bürgerlichen Politiker, die in Hinblick auf ihre Genesensnerven in den reichsverbändlichen Sammel nicht herabsteigen mögen.

In einem ihrer Wahlartikel nennt die „Wahlkorrespondenz“ u. a. die Minister Bodelschwings, Bodevills und Bodmann, die Professoren Sembart, Schmoller und Zellbrück, die Richter Wien, Hörsing und Gorki, die Barrer Hofhoff (ein strenger Katholik nebenbei bemerkt), Müller, Liebster und Blomhilde, die Bürgermeister Strömmer, Fuß und Tröndlin mit Namen, weil sie „der Sozialdemokratie den kleinen Finger gezeigt“ haben. Die genannten Personen haben nach der Reichsverbandskorrespondenz durch irgendwelche Auftritte, oder Sozialdemokratische goldenen Prisen gehabt, sie sind „Köhreder der Sozialdemokratie“ und können ihre Namen in sozialdemokratischen Flugblättern „nicht ohne das Gefühl einer gewissen Beschämung lesen“.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie merkt annehmend nicht, welchen Bärendienst er seiner Sache leistet, wenn er dem Bürgertum mit seiner Denunziation fund und zu wissen gibt, daß die hellsten Sterne der Weltliteratur, die ersten Gelehrten Deutschlands, sei es bedingt oder unbedingt, Worte der Anerkennung für die sozialdemokratische Kulturbewegung übrig haben. Er läßt weiter, immer noch nicht so sehr auf die Partei, zu deren Bekämpfung er von den Schorfmaschineren ins Leben gerufen ist, als auf die Vertreter des Bürgertums, die nicht so wollen wie er. In einem zweiten Artikel muß der Professor Kobacki in Wien daran glauben. Allerdings hat dieser Gelehrte eine Untat auf dem Gewissen, die fast noch ärger ist, als die „Vaterlandsverräterei“ der Sozialdemokratie. Er hat nämlich eine Schrift verfaßt, betitelt: „Die völk- und staatswissenschaftliche Bilanz der Mordungen“; diese Schrift aber führt den Nachweis, daß die Mordungen hauptsächlich aus den stärksten Staat rührten müssen und das schlimmste Kulturverbrechen sind. Wer da bedenkt, welche Nebenprodukte die Stenonen- und Zangenplattenfabrikanten dadurch erzielt haben, daß sie dem deutschen Reiche zu ungeheuer teuren Preisen und dem feindlichen Ausland zu ganz wesentlich billigeren Preisen ihre Waren verkaufen, wird ein Verständnis dafür haben, daß diese Prozentpatrioten in jedem Gelehrten, der ihnen in die Suppe spuckt, einen Feind haben, der vom Reichsverbande ebenso schärf wie die Sozialdemokratie selbst bekämpft werden muß.

Nachdem die Angestellten des Schorfmaschineriums derart mit bürgerlicher Bildung und Wissenschaft fertig sind, muß auch die bürgerliche Politik daran glauben, soweit sie nicht streng auf den Boden der freikonservativen Schorfmaschinerie wandelt. Herr Geheimrat Rieker erhält in einem „Sanjbandworte und Sanjbandworte“ überschriebenen Artikel seine Rektion, weil der Sanjband in Herzogtum Altenburg nicht den freikonservativen Reichsverbandskandidaten Schmidt, sondern den linksliberalen Reichskandidat Dr. Fetschmann unterstützt. Wörtlich heißt es am Schluß dieses Reichsverbandsartikels: „So ist dieser Fall, dem zahlreiche ähnliche an die Seite gestellt werden können, ein Schulbeispiel dafür, daß der Sanjband in der Theorie wohl ein energischer Vertreter der „gewerblichen Interessen“ ist, sich aber in der Praxis darstellt als eine Organisation zur Förderung linksliberaler Wahlen.“

Wir Sozialdemokraten haben bekanntlich besseres zu tun, als uns für den Sanjband zu engagieren; aber der Reichsverband muß uns schon die Bemerkung gestatten, daß gerade dieses Beispiel hellsichtig zeigt, wie sehr bei ihm selber Theorie und Praxis voneinander abwichen. Was den Teufel geht es den Reichsverband an, ob irgend eine Organisation zur Förderung linksliberaler Wahlen dient, wo er selber doch nach § 1 seiner vom 29. März 1906 datierten Satzungen alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung einigen und ja wohl auch unterstützen will, sofern sie nur Gegner der Sozialdemokratie sind? Und wie kommt der Reichsverband dazu, die „Förderung linksliberaler Wahlen“ und die „Förderung gewerblicher Interessen“ als Gegenstände einander gegenüberzustellen? Kammer als in diesem Falle können die Reichsverbänder kaum für ihre Zugehörigkeit zur freikonservativen Partei Zeugnis ablegen.

Aber, so wird man endlich fragen, wo bleibt denn beim Reichsverband, nachdem er über alle möglichen bürgerlichen Mordungen sein Ohr verstreut hat, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der doch vor allem zur Reichstagswahl das Wesen seiner Existenz ausmachen soll? Da lieber Himmel, auch die Sozialdemokratie kommt in der „Wahlkorrespondenz“ wenigstens quantitativ einigermaßen zu ihrem Rechte. Wesen der Reichsverband in dieser Hinsicht fähig ist, möge ein Artikel zeigen, der die Lieberschicht trägt. „Wobin der Internationalismus führt.“ Da wird festgestellt, daß sich in geradezu erschreckender Weise die Fälle von Spionage mehren. Wer aber ist Schuld an dieser Erscheinung? Der Reichsverband gibt die Antwort: „Man gibt wohl nicht fehl, wenn man den seitigen Wählerhöfen für solche verwerfliche Tätigkeit in der systematischen Volksverehrung der „internationalen, völkerverfeindenden“ Sozialdemokratie sieht. „Hier vorzubeugen, ist unabweisbare Pflicht.“ Also Ausnahmegegenseit gegen die Sozialdemokratie, weil — nun, weil etliche kleine Prozentpatrioten beim schimpflichen Sandwerk der Spionage ertrampelt worden sind.

Es ist jetzt marxiert sich bekanntlich alle Deutschen, die beim Reichsverband abgesetzt worden sind, als fernstele Staatsfeinde. Es waren Beamte, die Gipsich und Wuff, die

im Spionageprozeß Schulk eine so schimpfliche Rolle spielten, und ebensowenig wie diese werden die in den letzten Tagen genannten Landesverräter, der Schummann Glauf in Wilhelmshaven und der Feldwebel Schröder in Vöten etwas anderes mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt haben, als daß sie nach Vorbericht auf sie schimpften.

Nach welchem Rezept deutsche Landesverräter ihr Handwerk treiben, hat ja der Prozeß gegen den zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Schriftsteller Schimura gezeigt. Am 8. Juni 1908 druckte die „Zög. Rundschau“ ein Gedicht dieses Patrioten ab, das nach ihren Worten „von Patriotismus förmlich triefte.“ „Der Dichter dieser stimmungsvollen Verse“, so schrieb denn das alldeutsche Blatt, „ist derselbe Wilhelm Schimura, der vielleicht am selben Tage, als er das „Teufische Lied“ zu Papier brachte, eifrig am Werke des Vaterlandsverrats arbeitete.“

Doch ist es überflüssig, über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie noch ein Wort zu verlieren. Wir wollen die Vermutung unterdrücken, daß im Reichsverbandsbureau geheime Förderer des Unlutes für netliches Weien treiben. Aber willkommener Feinde kann die Sozialdemokratie sich in der Tat nicht wünschen, als diejenigen, die im Wahlkampf gegen die wissenschaftlichen Vertreter der bürgerlichen Ordnung herziehen und die hochpatriotischen Zuchthauskandidaten als Opfer des Sozialismus drapieren!

Deutsches Reich.

Der Reichshaushalts-Gesetz für 1912. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ legt am Mittwochabend die Veröffentlichung des neuen Reichsetats fort. Gegen die Vermutung, daß diese Veröffentlichung schwarz-blauen Wahlzwecken dienen soll, erklärt das Stänglerblatt: „Man wird nicht erwarten dürfen, daß dem deutschen Volke das Ergebnis der Beschüsse des Bundesrats um deswillen vorenthalten wird, weil die Wahlen bevorstehen.“ Zu Zeiten, wo das Volk solche Veröffentlichungen gefordert hat, und wo sie im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens dringend notwendig gewesen wären, wie im vergangenen Sommer, hat man das Volk monatlang ohne solche offiziellen Nachrichten gelassen. Man weiß also, was man von derartigen offiziellen Nebenarten zu halten hat.

Der Montag mitgeteilten Ueberblick über den Etat ist hinzuzufügen, daß der außerordentliche Etat infolgedessen Verringerung aufzuweisen hat, als die Ausgaben für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung, sowie Teile der Ausgaben für die Marine und für Festungsbau auf den ordentlichen Etat übergeleitet worden sind. Da die 1909 beschlossene Abänderung des Haushalts des Jahres 1909 bereits im Rechnungsjahre 1911 zu Ende geführt wurde, ist auch die Tilgungssumme für die Reichsschuld so viel geringer, daß sich das Anleihebrot im Jahre 1912 um 53,7 Millionen Mark niedriger stellt als 1911. Der ordentliche Etat sieht Ausgaben in Höhe von 2.084.890.430 Mark vor, um 140,6 Millionen Mark mehr als 1911. Unter diesen Ausgaben sind die bedeutendsten die für das Reichsmeer, nämlich 669.763.268 Mark, das ist um 33,7 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Die Marine erfordert an fortwährenden Ausgaben 178 Millionen Mark (mehr 10,7 Mill.). Die Reichsschuld erfordert an Tilgung, Verzinsung und Verwaltung 247,6 Millionen Mark. Unter den ordentlichen Einnahmen des Reiches sind natürlich nur die indirekten Steuern und Zölle von Bedeutung, und auch hier wieder nur die Steuern auf Massenerzeugnisse. Die Zölle sollen 687,8 Mill., die Zundersteuer 145 Mill., die Branntweinsteuer 182,8 Mill., die Biersteuer 122 Mill., die Reichsstempelabgaben 131 Mill., die Fahrkartensteuer 21 Mill., die Grundstücksübertragungen 42 Mill., die Zuckerversteuer 13 Mill., die alte Erbschaftsteuer 42 Mill. Mark bringen. Die Hundsteuerertrag ist mit 17,2 Mill., die Leuchtstoffsteuer mit 11,7 Mill., die Zigarettensteuer mit 28,7 Mill., die Tabaksteuer mit 12,3 Millionen Mark veranschlagt. Von der Schornsteinsteuer werden nur 11,3 Mill., von der Landsteuer 4,9 Mill., von der Uebertitelsteuer 3,2 Mill. Mark erwartet. Die Reichspost soll 781 Millionen liefern, sie kostet 608 Millionen. Unter den einmaligen Ausgaben des Etats erfordert das Reichsmeer 84 Millionen (mehr 14,5 Mill.), die Reichsmarine 197 Millionen (mehr 14,8 Mill.), die Kolonien 22,6 Millionen (mehr 3 Millionen).

Im außerordentlichen Etat erfordert das Meer 16,7 Millionen (weniger 6,9 Mill.), die Marine 82,6 Millionen (weniger 23,3 Mill.). Der Gehalt der Schutzgebiete weist ein Mehrerfordernis von 8,5 Millionen Mark auf, nämlich 52 Millionen, gegen 83,5 Millionen im Vorjahre. Mit dem außerordentlichen Kolonialetat beträgt der gesamte Gehalt der Schutzgebiete 126,3 Millionen Mark, insgesamt um 2,8 Mill. mehr als im Vorjahre. Wie schon am Montag mitgeteilt wurde, erfordert die Schutzgebiete, ausgenommen Logo und Samoa, im Jahre 1912 einen Reichszuschuß von 28.596.406 Mark, gegen 1911 eine Mehrforderung von 2,8 Millionen. Am meisten kostet uns Deutsch-Südwestafrika, nämlich fast 14 Millionen Mark.

Was die indirekten Steuern bringen. Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen hat die Zigarettensteuer 1910 125,5 Millionen Mark, der Zigarettenzoll 68,6 Millionen Mark, der Wertsteuereinzug 42,0 Millionen Mark (gegen 29 Millionen Mark im Jahre 1909) ergeben. Die Einnahmen an Salz- und Salzfaher belaufen sich 1910 auf 61,5 Millionen Mark gegen 59,2 Millionen Mark im Vorjahre, die an Zundersteuer auf 173,26 Millionen Mark, gegen 158,4 Millionen Mark im Vorjahre. Diese wenigen Beispiele zeigen wieder, wie die Massen des konsumierenden Volkes die Träger des Reichshaushalts und der ganzen Reichsleistung des Reiches sind.

Agariernot. Antuen-Cerlet fordert in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ die Reichsregierung dringend auf, die Arbeitslosigkeit abzulösen, die Wähler gegen die Sozialdemokraten klar zu machen, wenigstens die Wahlfreiheit der Beamten in einem Wahlgang zu

gunsten der Reaktion umzuwandeln, die Reichsfinanzreform den Wählern als Wohltat aufzuzeigen und die Schutzgelderheben als Wohlthat anzusehen zu können — als ob sie das Volk nicht ohnehin fühlte —. Das Agrarierblatt verlangt Unmögliches. Das Volk ist diesmal nicht mehr zu täuschen!

Der amtliche Apparat funktioniert. In Rostock (Kreis Bitterfeld) hatten unsere Genossen einen Gasthof, der ihnen bisher nie für Versammlungen zur Verfügung stand, am letzten Donnerstag doch endlich zur Abhaltung einer Wählerversammlung frei bekommen. Die beiden Versammlungsräume waren, als unter ständiger Genosse Route seine Ausführungen begann, gedrängt voll. Es fiel auf, daß sich obwohl die Zusammenkunft polizeilich angemeldet war, zur Aufrechterhaltung der preussischen „Ruhe und Ordnung“ drei wohlgerüstete Gendarmen in dem Lokale eingefunden hatten. Einer der drei, ein Oberwachmeister, wurde bald in einem eifrigen Gespräch mit dem Wirt beobachtet. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Unser Genosse Route hatte kaum eine Viertelstunde über die Taten des alten Reichstags gesprochen, als der Wirt mit der Miene eines zum Tode Verurteilten an den Redner herantrat und ihn drinnend ergriffte, ansah. Damit war die prächtige Versammlung aufgelöst, was man doch immer noch deutsche Versammlungsfreiheit nennt. Aber — 43 neue Mitglieder traten der sozialdemokratischen Partei bei. Wollten die Gendarmen das erreichen?

Verhinderter Wahlrechtsraub. In der Stadt Bergedorf, die zum Hamburgischen Staatsgebiet gehört, hatten der Magistrat und die Bürgerchaft im letzten Sommer eine Wahlrechtsüberlieferung nach Hamburger Muster beschlossen. Die Wähler mit mehr als 2000 Mark vertriehener Einkommen sollen eine Klasse mit acht Vertretern, alle anderen Wähler aber eine Klasse mit nur vier Vertretern bilden. Zur Gegenüberstellung dieses Wahlrechtsraubs war aber eine Aenderung der Hamburgischen Landgemeindeordnung durch den Senat von Hamburg die Vorbereitung. Diese Aenderung der Landgemeindeordnung hat der Hamburger Senat nun abgelehnt, weil er nach den Erfahrungen mit dem Hamburger Wahlrechtsraub seine Meinung hat, die Gegenstände noch weiter zu verfeinern. Die vereinigten Reaktionskräfte sind wütend, denn unter dem jetzigen Wahlrecht dürften wohl bei den Bürgerchaftswahlen in Bergedorf, die im Februar 1912 stattfinden, die Liberalen und Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen.

Wer terrorisiert? In einer Wählerversammlung in Jeven, Hannover, hielt ein Redner dem über sozialdemokratischen Terrorismus sprechenden Handwerksammerfunktionär Wiesend vor, daß der Rädler der Güter des Landrats von Jeven, des Herrn v. Sammelein, namens Mertens, sich einem Handwerksmeister in Jeven gegenüber geäußert habe, daß er seinem Handwerker mehr etwas zu verdienen geben würde, der nicht den konservativen Kandidaten, Dr. Barenhorst, wähle. Mertens gab das auch zu und erklärte, das Recht zu einem solchen Vorgehen werde er sich nicht nehmen lassen. — Und das heißt nach Justizhausgelehrten für die Gewerkschaften!

Verdächtige Strafbestimmungen gegen Spionage. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden: Gutem Vernehmen nach wird die Regierung mit einer Veräußerung der strafrechtlichen Bestimmungen gegen den Landesverrat nicht warten, bis die allgemeine Revision des Strafrechtbuchs erfolgt. — Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein; denn der letzte Spionageprozeß hat bewiesen, wie furchtbare Strafen nach dem heute geltenden Recht verhängt werden können.

Schweden.

Protest des Königs gegen die Regierung. Die verflozene konservative Regierung Lindmann benutzte die letzte Reichstagsession unter anderem dazu, mit Hilfe der Ersten Kammer eine neue Flottenvermehrung in die Wege zu leiten und bestellte dann auch gleich darauf bei der Aktien-gesellschaft Vofors-Gullspång 4 neue 28 Zentimeter-Kanonen, obwohl der Reichstag vorläufig nur die Gelder für eine Kanone dieses für die schwedische Marine neuen Typs bewilligt hatte. Nun aber hat das liberale Ministerium Staatsrat, dessen Partei von Anfang an gegen die Flottenvermehrung war, diese Bestellung vorläufig rückgängig gemacht, um erst abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die neulich eingesezte Kommission kommen wird, die das gesamte Landesverteidigungswesen mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Landes untersuchen soll. Der König aber ließ dem Protokoll über den Staatsratsbeschuß ein Aktat hinzufügen, worin er erklärt, daß er Bedenken dagegen hege und seine Zustimmung nur gebe, „auf Grund der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und der Stellung, die der Staatsrat zu der Frage genommen hat“. Esfordar hat das Ministerium mit Antsichtsberlegung droht, ehe der König sich bereit fand, den Beschluß zu funktionieren, aber da eine konservative Regierung nun einmal unter den gegebenen Verhältnissen eine Unmöglichkeit ist, mußte er sich fügen. Ueberrig ist dies schon das zweite Mal, daß der König gegen das liberale Ministerium protestiert, denn als die erwähnte Kommission eingesezt wurde, hatte er ebenfalls seine Bedenken, die er in einem Aktat zum Staatsratsprotokoll knugsab. Die Aufgaben dieser Kommission sind vom Ministerium so gestellt, daß die Sozialdemokratie und die vier Genossen, die dazu berufen sind, keine Bedenken tragen, an den Arbeiten der Kommission teilzunehmen, die den Zweck hat, dem Militarismus und Maritimus gewisse Grenzen zu setzen, im Gegensatz zu der feinerseitig unter Lindmann eingesezten Landesverteidigungskommission, mit der unsere Genossen nichts zu tun haben wollten.

Kleine politische Nachrichten. Die Vertheorinnehmer des Reichs Eisenbahnen. Im November 1911 wurden im Personenverkehr im ganzen 55.417.871 Mk. (2.751.334 Mk. mehr gegen das Vorjahr) und im Güterverkehr 173.451.284 Mk. (17.146.119 Mk. mehr gegen das Vorjahr) eingenommen. — In einem Ant-

Wenn Sie ein Weihnachts-Geschenk kaufen wollen.

Sie finden große Auswahl in Kleidstoffe, Blusenstoffe, Kostümröcke, Schürzen, Regenschirme, Leibwäsche, Bettwäsche, Waffeldecken, Hosen für Herren und Knaben, Kinder-Anzüge, Herren- und Knaben-Joppen, Sweater, Damen- und Herren- Westen, Handschuhe, Taschentücher, Taillentücher, Ballshawls, Kragenschoner, Oberhemden, Kragen und Manschetten, Strümpfe, Schlafdecken, Tischdecken usw. usw.
Billige Preise. Freundliche Bedienung.

J. H. Frerichs, Ecke Mittel- und Börsenstrasse.

Achtung!
Großen Boken
Tannenbäume
von 20 bis 60 g an
zum Aussehen
Verl. Bismarckstr. 15
Restaurant, Stadt-Nie-
derland.

- Datteln
- Feigen
- Nussmandeln
- Traubenrosinen
- Paranüsse
- Haselnüsse
- Walnüsse

in bekannter Güte empfiehlt
Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 16, Ecke Müller-
straße, und Hölzen.



Nordenham.
In den Feiertagen
empfehle Täglichkeit Artikel
zum Baden.
Feiner Seifenstücke, Seifenstücke,
Christbaumlichter und
Christbaumkerzen,
K. Kasse, die. Weine.

Paul Kraus,
Binnenstraße 110.

Zum Geschenk
empfehle
Märchen- und Bilderbücher,
Portemonnaies, Haarschmuck,
Zahngemeiner, Spazierstöcke,
u. s. w.
Zigarren und Zigaretten
feiner Christbaumkerzen
zu billigen Preisen.
J. Focken,
Rüstr., Börsenstr. 31.

Spottbillig!
Zu verkaufen eine Singer-
Nähmaschine, ein Tante-Edel, eine
Staubsaugmaschine (so gut wie neu),
Schlammstr. 56, 2. Et.

Guterhalt. Kinderwagen
für 16 Mk. zu verkaufen.
Börnsenstr. 37, 1. Ein. Mittelw.

Rare!

Für den Weihnachtsstich
empfehle mein großes Lager in
Zigarren u. Zigaretten
Kadungen zu 25, 50, 100 Stk.
in verschiedenen Preislagen
und in größter Auswahl.

F. H. Wullenkord
Spezialgeschäft
in Zigarren, Zigaretten u. Tabak
Ecke Börsen- u. Schloßstraße.

Kunsthonig
in Einern (10 Pf.) . . . 3.50 Mk.
Einern (35 Pf.) . . . 12.00 Mk.

Honig, garantiert rein
Lose und in Gläsern.
J. H. Cassens
Rüstringen, Peterstr. 42, Schaar.

Gefangverein Frohsinn.
:: Einladung ::
zu der am Sonntag den 31. Dezbr. (Silvester) in
Sadowassers Tivoli stattfindenden
Silvester-Feier
bestehend in Konzert, Männer-, Frauen-
und gemischten Chören, humoristischen
Vorträgen, Theater und nachfolg. Ball.
Großartig ausgewähltes Programm!
Nach Schluß der Unterhaltung:
Großer Silvester-Ball bis 5 Uhr morg.
Programme zum Unterhaltungs-Abend 4 30 Pf.
im Vorverkauf sind zu haben bei Sadowassers (Tivoli),
Scharn (Tabelle), Konsumverkaufsstelle Heppens,
Eingangstraße, Konsumverkaufsstelle Siebichsburg,
Halsland, Grenzstr., Schäfer, Barbier, Grenzstraße,
Glems, Grenzstr., Buddenberg, Ww. Schöndel (Peter-
hof), Arminling (Unter den Linden), Hoff, Barbier.
An der Kasse 40 Pf. Tanzband zum Ball 1 Mk.
Kassensch. 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
In unserer diesjährigen Silvester-Feier erlauben
wir uns alle Freunde und Bekannte ergebenst ein-
zuladen.
Der Vorstand.

**Alkoholfreie Punsch
Alkoholfreie Weine. ::**
J. H. Cassens, Rüstr., Peterstr. 42. Schaar.

Wilhelm-Theater
(Seemannshaus).
Mittwoch 20. Dez., abends 8.15 Uhr:
Die Waise aus Lowood
Vollständig in 1 Vorspiel und 3 Aufzügen.
Vollst. Vorverkauf in der Exped. des Nordd. Volkst.

Die Masse muß es bringen!
Nur durch eigene bedeutende Fabrikation sowie durch Ver-
mehrung aller unentgeltlichen Speeren ist es uns möglich, zu den
billigsten Preisen noch eine wirklich gute Qualität-Zigarett zu liefern.
Machen Sie bitte einen Versuch! Sie werden Kunde für die Dauer.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Albracht & Beging, Zigarren-Fabrik
Verkaufsstelle: Marktstraße 25.

Verein der Eisenbahner von Wilhelmshaven.
Wie in den Vorjahren hält der Verein auch in diesem
Jahre ein
Weihnachts-Vergnügen
ab, und zwar am Freitag den 22. Dezember 1911 im
Schützenhof. Die Feier besteht aus Musik, Theater und
sonstigen Vorträgen, sowie
Kinder-Besprechung.
Beginn der Feier 7 Uhr abends. Entree frei.

Konsum- u. Sparverein Rüstringen u. Umg.
c. G. m. b. H., Bant.
Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den
Verkaufsstellen umzutauschen. Der Vorstand.

VARIÉTÉ THEATER
ADLER
Donnerstag den 21. Dezbr.
Première.
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Von Donnerstag den 21. Dezember bis Sonnabend
den 23. Dezember er.
Kurzes Gastspiel
der weltberühmten Schöndel u. Tänzerin
Saharet!
Größtes Tanz-Phänomen des 20. Jahrhunderts.
Kurzes Gastspiel!
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Auftreten von Mad. Saharet abends um 10.15 Uhr.
Gastspielpreise!
Karten zum Saharet-Gastspiel
sind nur an der Adler-Tageskassa
täglich von vorm. 10 Uhr an zu
haben. Vorzugskarten für die
3 Tage (21. bis 23. Dez.) unglücklich.

Zu Weihnachten
bringen wir unsere
Papierwaren-Handlung
in empfehlende Erinnerung.
Sämtliche Schreibutensilien und Schul-
artikel, ferner Märchenbücher, Bilder-
bücher, Jugendschriften, sowie Weih-
nachts-Postkarten zu billigen Preisen.
Paul Hug & Co.
Ulmstr. 24.

ODEON
Konzert- u. Ballhaus, Rüstringen
Nordstrasse.
Am 1. Weihnachtsfeiertage:
2 grosse Konzerte
ausgeführt von der Beilschmidtschen Kapelle.
Anfang 4 Uhr nachm. Eintritt 20 Pf.
Anfang 7 Uhr abends. Eintritt 30 Pf.
Weihnachts-Programm!
Zu diesen gausreichen Konzerten laden freundl. ein
C. Beilschmidt. A. Fischer.

Sämtliche Drucksachen liefert Paul Hug & Co.

Kartellkommission
Rüstringen - Wilhelmshaven.
Donnerstag den 21. Dez.,
Sitzung bei Salweiland.
Dieselbe beginnt pünktlich 8 Uhr
abends. Der Vorstand.

Variété Metropol.
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag
gelangt zur Aufführung: 1. Die
Töchter des Brandstifters. Ober-
baur. Volkst. 2. Peter u. Paul.
Metronische Paare. 3. Rügen-
den das große Variétéprogramm.
Sonntag den 24. er.:

Beginn des Weihnachtsprogramms.

Volkverein Ganderkesee.
Am 1. Weihnachtsfeiertage
im Lokale des Vereins Hinte
Weihnachts-Feier
bestehend in
Aufführungen und Vertonung.
Anfang pünktlich 7 Uhr abends.
Hierzu laden freundlich ein
Vier Hinte. Der Vorstand.

Nordenham-Mens.
Rüstringer Hof.
Am 2. Weihnachtsfesttag:

Gr. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Hierzu laden freundlich ein
Georg Vitter.

Frische Butter ::
Mk. 1.20 per Pfund
Zentrifugen-Butter
1 Pfd. Mk. 1.40.
J. H. Cassens
Rüstr., Peterstr. 42. Schaar.

Todes-Anzeige.
Dienstag den 19. d. Mis-
starb plötzlich und unerwartet
infolge eines Herzschlages
unser kleine Tochter
Elsa
im Alter von 7 1/2 Monaten.
Dies bringen tiefbetrübt
unseres lieben Sohnes
unseren lieben Eltern
Rüstringen, 20. Dez. 1911
Hermann Tönjes u. Frau
geb. Weber nebst Angehörig.
Die Beerdigung findet am
Freitag den 22. Dezember
nachm. 2 1/2 Uhr vom Trauer-
haus, Vestingstraße 64, aus-
statt.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise der
Teilnahme bei der Beerdigung
unseres lieben Sohnes
und Bruders sagen wir hiermit allen,
besond. dem Gesangsverein für den
Grabgesang, unseren herzlichsten
Dank.
W. Gerloff nebst Familie.

Danksgiving.
Allen denen, welche unseren
Nikolaus zum letzten Ruhe geleitert,
sowie für die zahlreichen Kranz-
senden unsern herzlichsten
Dank.
Karl Böfener und Frau.

An die Auftraggeber des deutschen Buchdruckgewerbes!

Am deutschen Buchdruckgewerbe tritt nach abermaligem Ablauf der jeweils fünfjährigen Tarisperioden am 1. Januar 1912 der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern neu revidierte Buchdrucker-Lohntarif in Kraft, der wiederum für fünf Jahre gilt. Mit der Einführung desselben ist eine je nach den örtlichen Verhältnissen auf 10 bis 15 Prozent festgesetzte Lohnerhöhung verbunden, die den Arbeitern als Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung gewährt worden ist. Die Buchdruckereibesitzer sind nicht in der Lage, diese Mehrbelastung selbst zu tragen und sehen sich infolgedessen genötigt, ab 1. Januar die Druckpreise entsprechend zu erhöhen.

Die geehrten Auftraggeber des Buchdruckgewerbes bitten wir, hiervon Kenntnis zu nehmen und die um das notwendigste Maß zu erhöhenden Preise zu bewilligen.

Leipzig, im Dezember 1911.

Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Dr. Petermann-Leipzig, Vorsitzender.

- Wilhelm Bär-Leipzig. — A. Böhler-Berlin. — M. Bauhoff-Stettin. — Albert Broßel-Hamburg. — Gehelmer Kommerzienrat Georg Buxenstein-Berlin. — Otto Eder-Hannover. — J. B. Grahl-München. — Ernst Haberland-Leipzig. — Wilhelm Karras-Halle. — Dr. Sittor Alinhardt-Leipzig. — Eugen Naglan-Frankfurt a. M. — Max Reisch-Breslau. — A. Reven Du Mont-Böln. — Geh. Kommerzienrat Dr. J. Reven Du Mont-Strasbourg. — Kommerzienrat Hans Oldenbourg-München. — Eugen Kieger-Stuttgart. — Georg Wagner-Posen.

Frans Kohler, Generalsekretär.

Auktion in Schaar.

Im Auftrage eines dritten werde
Donnerstag, 21. d. Mts.
nachm. 2 Uhr anf.
in Herrn S. Pöhl's Wirtschaft in
Schaar ein großes

Schuhwaren-Lager
bestehend aus Herren- und
Damen-Stiefeln in allen
Nummern und Lederarten,
Kinder-Stiefeln, Leder-
Pantoffeln, w a r m e u
Winterstiefeln, 1 Posten
Galoischen mit hoch. Leder-
schäften und warm gefüttert,
ferner 1 Laden-Einrichtung,
1 Badtrog, 1 Posten Aussen-
gläser, 1 photogr. Apparat,
einige Nähmaschinen und
was sich sonst vorfindet
öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung versteigern.
Ich mache auf die günstige
Kaufgelegenheit zu Weihnachten
aufmerksam und lade Kauflustige
sundlichst ein.

K. Janssen
Rechnungssteller und Auktionator.

Wir haben die Abicht, in unserem
W. Wilhelmsh. Straße 82, be-
legenen Hause (Schattenfeste) im
kommenden Frühjahr

moderne Läden

einzubauen und einen davon, in
der Größe von ca. 55 qm zu ver-
mieten.
Einstich- und Isocente Re-
sistanten wollen sich bitte mit
uns in Verbindung setzen.

Ritzenhoff & Backmann.

Zu vermieten
auf sofort eine vierzimmrige
Etagenwohnung.
W. Meinen, Bremerstr. 55.

Möbl. Zimmer zu vermieten.
G. Schön, „Zum Jadenbuhl“.

Kaufe jeden Posten

gebrauchter Möbel
auch nehme solche auf neue
in Zahlung.

C. Heilemann
Wilhelmsh. Straße 80.

Wallnüsse Pfd. 40 Pf.

J. H. Cassens
Rüstringen, Peterstr. 42.

Gefunden.

Meine Frau
sagte mir, die besten nichtträufeln-
den Baumrinde erhält man in der
Hobenzollern-Drogerie Hans
Lutw. Wallstr. 39, Telefon 780.

Wir möchten Schuhwaren

Sie gerne von der Güte unserer

überzeugen, deshalb versuchen Sie
es bitte einmal mit unseren neuesten
Formen. A. Elegant und chik. .

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
Wilhelmsh. Str. 70. Bismarckstrasse 95.

Empfehle zum bevorstehenden Weihnachtsfest

gute abgelernte Zigarren
in Packungen von 25, 50 und 100 Stk.,
Zigaretten und feinst. Sorten Tabak
sowie
lange und halblange Pfeifen.
Hinr. Nordmann,
Wilhelmshavener Str. 114.



*In jedem Land
kauft man jetzt
zum Besen, Brot,
Bier nur noch
Palmin
und Honig im fests
Liefes Lutterbrod und
Polmoner*

Mangus-Silber-Lagerhaus
NB. Palmin legt auch weich (schmalzähnlich)
zu haben.

Trauerbriefe und Karten fertigt an Paul Hug & Co.

Ein passendes
Weihnachts-Geschenk
ist ein Paar
Schuh, Stiefel
oder Pantoffel.
In reicher Auswahl bei
B. F. Schmidt
Rüstringen, Gölterstr. 38.

Nordenham.

Halte eine große Auswahl in Spielsachen und Baumschmuck

bestens empfohlen. Ferner: Schultornister, Schul-
taschen, Poester, Photographie- und Postkarten-
albums, Schreib- u. Ordnungsmappen, Brief-
kassetten, Bantnoten, Brief- u. Zigarrentaschen,
:: Portemonnaies, Taschentücher usw. usw. ::
Weihnachts-, Neujahrs- und Witzkarten.
Wilhelm Harms, Buchhandlung
Tabak- und Zigarren-Geschäft.
Hilfs-Expedition des „Norddeutschen Volksblattes“.

Passende Weihnachtsgeschenke

Gratulationskarten, Visiten-
karten :: Geschäftskarten
Briefbogen :: Mitteilungen
Postkarten :: Rechnungen
:: Kuverts usw. usw. ::

Paul Hug & Co.
Rüstringen, Peterstraße 20/22.

Rüstringer Sparkasse.

Mündelscher.
Hauptstelle:
Bismarckstrasse 8
(Nebenstelle).
Nebenstelle:
Wilhelmsh. Str. 1
(Bant).
Geschäftszeit:
Vormittags von 9-1 Uhr
Nachmittags v. 5-5 Uhr
Zinssatz für Spareinlagen:
3/4 Prozent
bei täglicher Verzinsung.
Weiseparkassen.
Ueberweisungsverkehr.
Strengste Verschwiegen-
heit in allen Geschäfts-
angelegenheiten. Auskunft
an Steuerbehörden wird
nicht erteilt.

Billige Schiffe!

Um zu räumen, gebe einen großen
Posten Krabatten spottbillig ab.
Martha Kappelhoff.
Edc. Koon- und Deichstr.

Die als Weihnachtsgeschenke

so beliebten Haarreifen für Damen
und Herren, Broschen, Armbänder,
Ringe usw. Heftet in bester Aus-
führung
Elise Morisse,
Wilhelmshavener Straße 2, II. Et.
neben Varietés Adler.

Zur Anfertigung aller Präsur-
arbeiten, als Hüpf-, Unterlagen,
Toupetts usw. halte mich ebenfalls
empfohlen.

Ginswarden.

Bringe in empfehlende Erinnerung
- mein -

Obst- u. Gemüsegeschäft

Stets vorrätig:
Weintrauben, Birnen, Äpfel,
Wallnüsse, Haselnüsse u. Feigen.

Felix Junghändel.
Schöne Hängelampe
zu verkaufen.
Siebelsbadung, Pöpingstr. 13, I. I.
Mietverträge bei Paul Hug & Co.

Sitzung des Magistrats und des Stadtrats von Rültingen.

Rültingen, 20. Dezember 1911.

In der gestern nachmittag 3 1/2 Uhr im Rathaus Wilhelmshavener Straße abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Magistrats und Gemeindefeldrats wurden nachstehende Gegenstände verhandelt:

1. Grundstückswerb. Bürgermeister Dr. Luken teilte mit, daß es ihm gelungen sei, den Kaufpreis des Deutschen Grundstücks noch um ein weiteres zu erniedrigen. Der Quadratmeterpreis sei auf 60 Pfg. herabgesetzt. Weiter braucht die Stadt nur den Wertzuwachs, soweit er 30 000 M. nicht übersteigt, zu versteuern. Das Kaufprojekt findet hierauf in zweiter Lesung ohne Debatte Annahme.

2. Baupolizeiordnung. Die Aenderung dieser Verordnung, die wie bereits im letzten Bericht veröffentlicht, wird ebenfalls ohne wesentliche Debatte angenommen, desgleichen

3. die Vorbekämpfung der Straßenbahn (zweite Lesung). Diese Angelegenheit fand in erster Lesung ihre Erledigung in geheimer Sitzung. Seitens der in Betracht kommenden Interessenten sind eine ganze Reihe Proteste eingegangen. Der Vorbekämpfungsbefehl der ersten Lesung findet in zweiter Lesung erneute Bekämpfung. Die Vorbekämpfung soll in folgender Weise geschehen: Es sollen vorbebekämpft werden die Anlagen der Döhlerstraße von der preussischen Grenze bis einschl. Erdpflanze nördlich der Jodeliusstraße mit 18 M. pro laufenden Meter, bis Mühlenweg einschl. Erdpflanze mit 12 M. und bis Friedenstraße 9 M., die Anlagen der Wilhelmshavener Straße bis Weststraße einschl. Erdpflanze mit 18 M., bis Hienbahnstraße einschl. Erdpflanze 9 M. und von da bis zum Bahnhof mit 6 M. Die Vorbekämpfung in den Seitenröhren fällt weg. Auf die Anrechnung eines Zuschusses aus der Amtsliste, der früher zu den Kosten der Inhabhaltung der Wilhelmshavener Straße in Aussicht gestellt ist, auf die obige Vorbekämpfung für diese Straße, soll nach fertiger Abrechnung zurückgekommen werden.

4. Der Voranschlag für die Gemeindefeldkrankenkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 33 600 M. ab und wird genehmigt. Die detaillierte Aufrechnung haben wir bereits in unserer Dienstagnummer gebracht. Stadtrat Siebel erhebt hierbei vor dem Magistrat, dahin zu wirken, daß eine Verschmelzung der Gemeindefeldkrankenkasse Rültingen mit der Allgemeinen Wilhelmshavener Ortskrankenkasse baldmöglichst erfolge. Bürgermeister Dr. Luken erwidert, daß diese angeregte Verschmelzung nicht ganz so einfach sei, sondern gar manche Interessen dabei gewahrt werden müssen. Trotzdem behalte er die Sache natürlich im Auge, um im geeigneten Moment mit entsprechenden Vorschlägen an den Stadtrat heranzutreten.

5. Schulfachen. a) Anstellungsverhältnisse des Leiters der Realschule i. E. Bürgermeister Dr. Luken führt dazu aus, daß die Befehung des Posten eines Leiters der Realschule nach den geplanten Grundplänen, einen Oberlehrer mit der Leitung der Anstalt zu betrauen, nicht zum Ziele führen dürfte. Auf die Ausschreibung hin, haben sich gegen 30 Bewerber gemeldet, drei davon seien in die engere Wahl gezogen und bezüglich der Vorstellung erschienen. Der Schulvorstand wie der Magistrat sei aber nicht in der Lage, einen der drei Kandidaten zur Anstellung vorzuschlagen, weil man nicht die unbedingt notwendige Ueberzeugung gewinnen konnte, daß sich einer dieser Herren für den Posten eigne. Für die Schule selbst sei der jetzige Zustand unhaltbar und es müsse dahin getrebt werden, die Frage bald ihrer Lösung näher zu bringen. Die Anstellungsverhältnisse müßten eben so sein, daß kein Bewerber eine Verschlechterung seiner bisherigen Position erfährt. Das sei aber gegenwärtig der Fall und deshalb Bewerbungen von in Betracht kommenden Kandidaten für den Realschul-Leiterposten nicht eingegangen. So wie andere obdenburgische Orte die preussischen Normalpläne, die um 1000 M. höher sind, bewilligen müßten, wird auch Rültingen nicht daran vorbeikommen. Der Magistrat habe deshalb die Stellung zu den genannten Normalplänen noch einmal ausgeschrieben. Diese Ausschreibung verpflichte natürlich zu nichts und sei nur deshalb erfolgt, um, vorausgesetzt die Zustimmung des Stadtrats, etwaigen Bewerbern, die bereits Ostern einzutreten wünschten, was für die Schule selbst ein großer Vorteil sei, finanziell aber nur eine recht geringe Rolle spiele, die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig ihre Kündigung einreichen zu können. Gebrauchts werde eine Kraft, die wirklich imstande sei, eine solche Schule zu leiten und organisch auszubauen. Dazu gehören aber längere Erfahrungen, die wieder nur in längerer Dienstzeit erworben werden könnten. Ein Mann jedoch, der 8—10 Dienstjahre hinter sich habe, bemerke sich um keinen Posten der ihm schlechtere Anstellungsverhältnisse und möglicherweise noch viel mehr Arbeit aufzubringen, als er in seinen gegenwärtigen Wirkungskreise habe. Sollte bis Ostern der Realschul-Leiterposten keine Befehung finden können, müsse die Leitung einstweilen Zrl. Dr. Moh übertragen werden. Redner erhebt dringend um Zustimmung zum Vorschlag des Magistrats und Schulvorstandes, die preussischen Normalpläne in bezug auf das Anfangsgehalt zu bewilligen. Die

Werkkosten betragen bis zum Herbst nur 500 M., wobei noch nicht in Betracht gezogen sei, daß auch durch die Verteilung eventuelle Kosten erwachsen würden. — Diesen Ausführungen schließen sich die Stadträte Roh und Haaren ergänzend an, während Stadtrat Schön beantragt, es doch bis zum Herbst bei dem Provisorium zu belassen. Stadtrat Andreas äußert sich in ähnlichem Sinne. Im Laufe der Debatte erklärte Stadtrat Schön dann, er habe sich von der Zweckmäßigkeit des Magistrats- und Schulvorstandes überzeugt und ziehe seinen Antrag zurück. Darauf wird der Magistratsantrag angenommen, den Posten zu den preussischen Normalplänen für Ostern 1912 auszusprechen.

b) Schulbaufachen. Zum Richtfest der 16klassigen Volksschule sollen für jeden am Bau Beschäftigten 4 Mark bewilligt werden. Stadtrat Bräggmann bittet, diesen Betrag abzulehnen, denn in Wirklichkeit seien die meisten Arbeiter ja gar nicht mehr am Bau beschäftigt. Das Richtgeld findet darauf Ablehnung.

6. Beleuchtungsfachen. Beschlossen wird zu diesem Punkt, bei Straßenbeleuchtungsanlagen, sobald die Kosten den Normalfall übersteigen, dieselben den Anlegern aufzuverlegen. In der Wilhelmshavener Straße bis zur Weststraße und der Götterstraße übernimmt die Stadt die Hälfte der Mehrbelastung.

7. Anleihe. Bürgermeister Dr. Luken teilt mit, daß es in letzter Zeit infolge der schwierigen Lage am Geldmarkt nicht möglich war, eine Anleihe unterzubringen. 337 000 Mark, die zu Betriebszwecken benötigt werden, sind zu 4 Proz. jetzt bei der Staatl. Kreditanstalt untergebracht worden, welche auch die Anleihe von 800 000 Mark bis zum 1. Februar zu 5 Prozent stehen läßt. Hieron wird Kenntnis genommen.

8. Personalfachen. Einer eingegangenen Petition des Verbandes der Staatsarbeiter um Erhöhung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter wird stattgegeben. Es erhalten ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder 20 M., verheiratete mit 2 Kindern 40 M., mit 3 und 4 Kindern 50 M. und die mit 5 und mehr Kindern 60 M. Unfähige Arbeiter erhalten die Hälfte der vorstehenden Sätze. Die Zulage ist einmalig.

Die Weihnachtsgestaltung an die Lehrlinge wird mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt, desgleichen eine anderweitige Regulierung der Anstellungsverhältnisse für die Gemeindefeldkassen.

Infolge Wegganges des ausfallsweise beschäftigten Referendars Chlesmann und des Umstandes, daß Syndikus Kunde einen längeren Urlaub nehmen muß, fordert der Magistrat für 8 Monaten die Einstellung einer juristischen Hilfskraft; dem wird zugestimmt.

9. Verschiedenes. Der Straßenausbau an der Heppener Kirchweide bis zur Bälowsstraße findet Zustimmung. Bewilligt werden weiter 550 M. zum Ausbau Weidkronen im Stadtteil Heppens. — Die Strandhalle wurde an Herrn Dorn verpachtet. — Die Veteranenbeihilfe wird dieses Jahr nicht wieder gewährt. — Angenommen wird dann die nachstehende

Polizei-Verordnung der Stadtgemeinde Rültingen, betr. den Anschluß an die der Stadt zugehörige Wasserleitung.

Jedes selbständige in der Stadtgemeinde belegene Gebäude muß an die städtische Wasserleitung angeschlossen sein und hat seinen Wasserbedarf aus dieser Wasserleitung zu entnehmen.

Ausnahmen können vom Stadtmagistrat gestattet werden. Sie sollen gestattet werden bei Lagerhäusern und anderen Gebäuden, für die ein Wasserbedarf nicht vorhanden ist, sofern deren Lage dies aus feuerpolizeilichen Gründen gestattet.

Der Anschluß bedarf der hauptpolizeilichen Genehmigung durch den Stadtmagistrat.

Zumüberhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Dann wird noch einer Prozeßführung zugestimmt. — Zum Schluß teilt Bürgermeister Dr. Luken einiges über den Gasprozeß mit. Wesentlich ist dem günstigen Ausgang sei nicht, daß kein Stadtratmitglied den in Frage kommenden Vertrag unterzeichnet, sondern es war dem § 313 B. G. B., der die notarielle oder gerichtliche Beurkundung vorschreibt, nicht genügt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 6 Uhr. Hierauf folgt eine vertrauliche Sitzung.

Parteinachrichten.

Sozialistenverleumder. Gustav Adolf Müller-Czerny, der Herausgeber des Blattes „Für Wahrheit und Recht“, wurde am Montag von der Frankfurter Strossammer wegen verleumderischer Beleidigung der Genossen Luin und Quard zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden ihm die Kosten der Berufungsinflanz auferlegt. Es hat in dieser Sache bereits kein Schöffengericht ein Verfahren geschwebt. Es handelte sich um den Artikel „Die Arbeiter der Sozgen keine Grenzen“. In diesem Artikel hatte Müller-Czerny behauptet, ein bekannter Sozialistenführer hätte einem jüdischen Mädchen ein Kind aufgebunden. Heute stellte

sich heraus, daß dieser „Sozialistenführer“ ein Vertrauensmann der Zentrumspartei in Pöschel a. M. war, also überhaupt kein Sozialdemokrat. — Das Gericht erachtete verlennerische Beleidigung nach § 187 Str. G. B. als gegeben.

Wegen Hfarcerbeleidigung wurde Genosse B. Kühn als Verantwortlicher des „Hohhaer Volksblatt“ zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde in einer Lokalzeitung gefunden, aus der der Amtsanwalt den Vorwurf gegen den als Nebenkläger auftretenden Pfarrer herauslas, daß er (der Pfarrer) durch Veranstaltung von Ausflügen den inliden Verkehr der letzter Obhut anvertrauten christlichen Jugend begünstigt habe. Das Urteil wird angefochten werden.

Die Chemnitzer Kaufmannschaft und der Parteitag 1912. Der nächstjährige Parteitag soll bekanntlich in Chemnitz i. S. stattfinden. Die Parteileitung in Chemnitz verurteilte das Kaufmännische Vereinshaus als Parteitagstafel zu gewinnen. Der Kaufmännische Verein hat aber, so berichten die „Veiz. Nachr.“, das Verlangen der sozialdemokratischen Parteileitung abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Kartographenstreik in Berlin. Durch die Ausbesserung im Steindruckergerbe sind auch die Steindrucker und Kartographen des „Horus-Verlag“ in Berlin, eines Landkartenverlages, in einen Konflikt mit ihrem Unternehmer geraten. Den Steindruckern wurde Streikfortschritt zugesagt. Sie legten deshalb die Arbeit nieder und die Kartographen bestätigten ihre Solidarität durch Einreichung von Unterschriften. Die Kündigungsfrist ist nun abgelaufen und auch die Kartographen stehen jetzt im Streik. Das ist besonders besorgniserregend, weil die Berliner Kartographen von wirtschaftlichen Kämpfen bisher fast völlig unberührt blieben; der ausgebrochene Streik ist denn auch der erste, den Berliner Kartographen anzukämpfen haben. Man sieht, die Ausbesserungsmut der Unternehmer treibt immer neue Arbeiterkämpfe in den Kampf. Die Produkte des Horus-Verlag (Stadtpläne, Touristenkarten usw.) erscheinen auch im Verbreitungsgebiet unseres Blattes und sind den Arbeitern wohl bekannt.

Gesellschaftliches.

Ein vernünftiges Urteil. Der Redakteur der „Leipziger Arbeiterzeitung“ hatte einen Artikel aufgenommen, worin ein Kirchschullehrer sich über die niederen Stufenbedienste beklagte, die den Lehrern heute noch zugewiesen werden, und den Geistlichen vortrauf, daß sie bisher nichts dagegen getan haben. Durch die Wendungen des Artikels sollte nach Ansicht der Geistlichen und der Staatsanwaltschaft die Geistlichen karriert und verpörrt worden sein. Aber das Landgericht Leipzig sprach den Redakteur frei. An diesem Urteil ist bemerkenswert, daß entgegen dem bisherigen Standpunkt des Reichsgerichts anerkannt wurde, daß auch der Redakteur straflos sein muß, wenn der Verfasser in Bohrung berechtigter Interessen gehandelt hat. Bisher urteilten die Gerichte anders. So hieß es stets, dem Redakteur könne der Schutz des § 193 nicht zugewilligt werden, wenn er nicht eigene Interessen vertrat. Wenn § 19 ein sozialdemokratischer Redakteur die Interessen von Mitgliedern einer Schwelbkrankenkasse vertrat, so würde er stets ohne Gnade verurteilt, wenn er nicht selbst Mitglied der Klasse war. Die neuerliche Stellungnahme der vierten Strossammer des Landgerichts Leipzig ist ganz vernünftig, und es ist nur zu wünschen, daß die Staatsanwaltschaft sie indermünftig finde und Revision einlege, damit das Reichsgericht seinen bisherigen Standpunkt nachprüfen kann. — Freiheit: Die „Leipziger Arbeiterzeitung“ ist immer noch kein Arbeiterblatt.

Kammerfänger, Theaterdirektor, Schriftsteller. Der ehemalige Kammerfänger Buerian wurde wegen Kontraktbruchs der Dresdener Hofoper gegenüber zu 3000 M. Konventionalstrafe verurteilt.

Wegen Beleidigung Karl W. a. S. wurde der bekannte Rebins zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Rebins hatte es nicht gefallen, daß der bekannte Dresdener Schriftsteller sich hatte als Trapper photographieren lassen.

Wegen Beleidigung des Wilmshavener Generalintendanten war, wie wir schon mitteilten, der Berliner Theaterbesitzer, Direktor und Spieler Ferdinand W. a. n. verhaftet und mangelsweise zum Termin geführt worden. Die Verhandlung endete in Wänschen mit einem Vergleich.

Versammlungs-Kalender.

Rültingen-Wilhelmshaven. Donnerstag den 21. Dezember. Bandenklub Rültingen. Abends 8 1/2 Uhr bei Buddenberg. Bandenklub Harmonie. Abends 8 1/4 Uhr bei Ueud Jreids.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 19. Dezember. Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Knopf, Barbarossa, nach Kempten, heute von der Wefer ab. Polid, Getha, nach dem La Plata, heute ab Torina. Polid, Göttingen, von Australien, heute ab Fort Seb.

Gochwaffer.

Donnerstag, 21. Dezbr.: vormittags 1.28, nachmittags 1.53

Arbeiter! Vergeßt die ausgesperrten Tabakarbeiter nicht!



